

# „Vorschreiben lassen wir uns überhaupt nichts“

Bürgermeister und Stellvertreter kritisieren Landratsamt

## GLASHÜTTEN

Der Gemeinderat Glashütten entpuppt sich zunehmend als Zentrum der Ablehnung gegen das Landratsamt. Die Rechtsaufsicht verlangt von den Gemeinden, Straßenausbaubeitragssatzungen zu erlassen, um Beiträge erheben zu können. In der Sitzung am Montagabend gab es aus den Reihen des Gemeinderats erneut massive Kritik am Schreiben des Landratsamtes vom 16. April. Darin werden die Gemeinden aufgefordert, bis 31. Dezember 2016, eine entsprechende Satzung zu beschließen. Das hatte der Gemeinderat bekanntlich schon am 23. Februar einstimmig abgelehnt.

Vor allem mit Landrat Hermann Hübner (CSU) gingen Bürgermeister Werner Kaniewski (SPD) und sein Stellvertreter Hartmut Wagner (AFW) alles andere als zimperlich um. Kaniewski äußerte sich zur Kreisumlage, die im Vergleich zum Vorjahr erneut angestiegen war. Er betonte, dass es dabei eigentlich um Geld handele, das der Gemeinde gehöre. Damit könne der Gemeinderat eine Menge machen und dazu noch die Bürger entlasten. Nun werde es aber vom Landkreis dafür verbrennen, das Personal aufzublähen. Der Landkreis propagiere, familienfreundlich zu sein. Stattdessen würden die Bürger abgezockt, so Kaniewski. „Die Herren im Landratsamt reiten immer noch mit dem Motto herum

„dass sie die letzten Verfechter des Abendlandes sind“, so der Bürgermeister. Und wenn es Kritik gebe, zeige sich der Sachbearbeiter beleidigt. Neuster Knaller sei das Schreiben vom 16. April, sagte Kaniewski. Er halte die Aufforderung zum Erlass einer Satzung für rechtlich bedenklich, weil die Aufforderung die kommunale Selbstverwaltung berühre. Kaniewski wörtlich: „Vorschreiben lassen wir uns überhaupt nichts.“ Die Gemeinde brauche keinen Beschluss.

Während dritter Bürgermeister Bruno Heider (CSU) den Haushalt 2015 positiv bewertete und Zustimmung signalisierte, griff der zweite Bürgermeister Hartmut Wagner (AFW) vor allem Landrat Hermann Hübner an. Die Aufforderung der Aufsichtsbehörde zur Nutzung aller Einnahmen heiße nichts anderes als „ihr müsst eure Bürger abzocken“, so Wagner. „Das ist krank, wenn das Landratsamt sagt, wir müssen die Kosten optimieren.“ Auch der Landkreis sollte einmal damit anfangen. Statt dessen würden die Kommunen mit ungeheurer Arroganz angegangen. Das hätte von Anfang an Chefsache sein müssen, forderte Wagner. Stattdessen reise der Landrat „im Trachtenjanker und mit Konzertina“ durchs Land. Als gut bewertete Wagner den Umgang mit der Straßenausbaubeitragssatzung im Landkreis Kulmbach. Dort ist der Erlass den Gemeinden freigestellt. dj